

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 16. Dezember 2019

Europäischer, wirksamer und vernetzter: Nachrichtendienste als wichtige Akteure unserer Außen- und Sicherheitspolitik

Wir Freie Demokraten wollen unsere Nachrichtendienste in einer komplexeren und von zunehmender Unsicherheit geprägten Welt optimal ausrichten, um über eine Informationsbasis zu verfügen, die uns früher, entschiedener, substantieller und europäischer auf Krisen und Konflikte weltweit reagieren lässt. Eine vorausschauende und umfassende Sicherheitspolitik auf nationaler wie europäischer Ebene ist Garant für effektive und aktive Wahrung von Frieden und Sicherheit.

Zentrales Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas zu stärken. Die Nachrichtendienste spielen dabei eine zentrale Rolle. Ihre Arbeit kommt der Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik gleichermaßen zugute und ist Basis eines gemeinsamen Lagebildes, das kooperatives und internationales Handeln erst ermöglicht. Daher muss auch auf EU-Ebene die Zusammenarbeit verbindlicher gestaltet werden.

Wir Freie Demokraten fordern deshalb 1) eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, 2) eine den gewachsenen Herausforderungen angemessene Ressourcenausstattung und 3) eine wirkungsvollere Bereitstellung nachrichtendienstlicher Produkte sowie 4) eine eigene europäische Agentur zur Koordination von Nachrichtendiensten.

Neben dieser Zielsetzung fordern wir Freie Demokraten weiterhin ebenso, dass weitere Schritte unternommen werden, um Brücken zwischen der Arbeit der Nachrichtendienste und den Trägern parlamentarischer Kontrollverantwortung zu stärken. Eine funktionierende Regierungsaufsicht und wirksame parlamentarische Grundlage gehen mit der Funktionsfähigkeit und gleichzeitig der Akzeptanz der Nachrichtendienste einher.

1) Europäische Zusammenarbeit der Nachrichtendienste vertiefen

Sicherheit in Europa kann nur gemeinsam gewährleistet werden. Der hierzu mit der European Global Strategy und ihren Folgedokumenten ab 2016 eingeleitete Prozess schreitet voran. Sowohl in der militärischen („PESCO“) als auch in der zivilen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zeichnen sich erste Ergebnisse ab. Auch für die Nachrichtendienste der Mitgliedstaaten als elementaren Bestandteilen des sicherheitspolitischen Werkzeugkastens der EU muss ein Weg eröffnet werden, um über das heutige Maß hinaus noch stärker miteinander, vor allem aber mit der EU selbst zu interagieren. Sie müssen politisch in die Lage versetzt werden, mit den derzeitigen Fortschritten in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Schritt zu halten und diese sinnvoll zu ergänzen. Dieser Schritt ist seit der

Global Strategy der EU ausdrücklich vorgesehen und muss mit weiteren Maßnahmen unterlegt werden. Dennoch verbleiben die Kompetenzen für die Nachrichtendienste in den Nationalstaaten und werden nicht in das Gemeinschaftsrecht überführt.

Die Kooperation der Mitgliedstaaten mit dem EU Intelligence and Situation Centre (INTCEN) und dem Intelligence-Direktorat des EU-Militärstabes in der Single Intelligence Analysis Capability (SIAC) muss daher stärker unterstützt und verbindlicher gestaltet werden. So sollen noch intensiver als heute strategische nachrichtendienstliche Analysen aus den Mitgliedstaaten gebündelt und sowohl den Entscheidungsträgern in der EU als auch den Regierungen der Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Hierbei muss gewährleistet sein, dass INTCEN auf einer sicheren Rechtsgrundlage arbeitet und eine parlamentarische Kontrolle seiner Arbeit sichergestellt ist.

Dies benötigt analog dem europapolitischen Prozess der Permanent Structured Cooperation (PESCO) in der Verteidigungspolitik zunächst eine politische Bestärkung innerhalb des Rates der Europäischen Union in Form eines einschlägigen Ratsbeschlusses. Der Projektebene der PESCO entsprechend sollten auch hier konkrete Kooperationsmaßnahmen, etwa in der Ausbildung oder der gemeinsamen Einrichtung zeitgemäßer technischer Infrastruktur zum Informationsaustausch, angegangen werden.

Der Ausbau des SIAC-Verbundes zu einem operativen Nachrichtendienst ist damit hingegen nicht impliziert und wird als nicht notwendig erachtet. Denn bereits mit einer verbindlicheren und auf kontinuierlichen Informationsfluss ausgelegten Zusammenarbeit im beschriebenen Rahmen kann eine signifikante Verbesserung des europäischen sicherheitspolitischen Lagebildes gewährleistet werden.

Wir fordern, dass Deutschland sich für eine Erweiterung der Europäischen Verteidigungsunion zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion einschließlich einer gestärkten nachrichtendienstlichen Komponente während der EU-Ratspräsidentschaft 2020 einsetzt und einen Ratsbeschluss für die Fortentwicklung der europäischen Kooperation der Nachrichtendienste federführend unterstützt.

2) Nachrichtendienste stärken, um größeren Herausforderungen und gewachsenen Aufgaben zu begegnen

Die skizzierte europäische Zusammenarbeit der Nachrichtendienste ist nur dann zielführend, wenn auch die nationalen Nachrichtendienste zukunftsfähig aufgestellt sind. Deutschland genießt hier eine gute Reputation. Dennoch bleiben die Aktualisierung und der Ausbau der eigenen Fähigkeiten ein multilaterales und europäisch notwendiges Zeichen.

Nur mit frühzeitigen und präzisen Lageinformationen lassen sich Gefahrenpotentiale rechtzeitig erkennen und unsere begrenzten Sicherheitsressourcen ziviler und militärischer Art möglichst effektiv zur Krisenprävention und Krisenbewältigung einsetzen. Daher müssen die Reaktions- und Frühwarnfähigkeiten unserer Nachrichtendienste mit Blick auf die neuartigen Bedrohungen durch Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Cyber- und hybride Angriffe sowie andere Herausforderungen mit entsprechender personeller und technischer Substanz unterfüttert werden. Gleichzeitig dürfen die klassischen Schwerpunkte nachrichtendienstlicher Tätigkeit – hier etwa die Aufklärung von Rüstungs- und Proliferationsbestrebungen – nicht aus dem Blickfeld geraten.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten auch in der Bundespolitik ein Bekenntnis zu der wichtigen Arbeit unserer Nachrichtendienste sowie Stabilität und Verlässlichkeit bei ihrer finanziellen, technischen und personellen Ausstattung, um dem gesamten Spektrum der bestehenden Herausforderungen wirksam begegnen zu können.

3) Vernetzter Ansatz und Krisenfrüherkennung: Nachrichtendienstliche Erkenntnisse zur ressortübergreifenden Frühwarnung besser nutzen

Der Vernetzte Ansatz ist für uns sicherheitspolitisch strategisch wie taktisch handlungsleitend. Die Nachrichtendienste sind hierbei der Kern unseres Frühwarnsystems. Ihre Hinweise sollen wo immer möglich mit den anderen Akteuren und Behörden der Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik geteilt werden, um eine sachgerechte Entscheidungsfindung und Maßnahmenplanung zu ermöglichen.

Wir Freie Demokraten wollen neben der bewährten Aufbereitung nachrichtendienstlicher Informationen die Nachrichtendienste auch in die Lage versetzen, zukunftsweisende Modernisierungsprozesse zu gestalten und neue Methoden wie der Strategischen Vorausschau verstärkt anzuwenden. Damit können zielgenauere Lagebilder produziert werden, die eine bessere Informationsgrundlage für außenpolitische Entscheidungsprozesse der Bundesregierung bereitstellen.